



Detailansicht des Registereintrags

Stadtwerke München GmbH

Aktuell seit 12.12.2025 16:47:20

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer: R000611

Ersteintrag: 17.02.2022

Letzte Änderung: 12.12.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 10.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

Stadtwerke München GmbH
Emmy-Noether-Straße 2
80992 München
Deutschland

Telefonnummer: +498923610

E-Mail-Adressen:

info@swm.de

Webseiten:

www.swm.de

Hauptstadtrepräsentanz:

SWM Kontaktbüro Berlin
Hilda-Geiringer-Weg 6
10557 Berlin

Telefonnummer: +491731894937

E-Mail-Adresse: leinitz.juliane@swm.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

960.001 bis 970.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Florian Bieberbach

Funktion: Vorsitzender der Geschäftsführung

2. Dr. Gabriele Jahn

Funktion: Geschäftsführerin Personal, Immobilien und Bäder

3. Ingo Wortmann

Funktion: Geschäftsführer Mobilität

4. Helge-Uve Braun

Funktion: Technischer Geschäftsführer

5. Dr. Karin Thelen

Funktion: Geschäftsführerin Regionale Energiewende

Braute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. Sonja Schmutzner

2. Juliane Leinitz

3. Verena Dany

4. Maria D'Amico

5. Jakob Nies

6. Lea Brost

Mitgliedschaften (28):

1. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
2. Verband kommunaler Unternehmen e. V.
3. Agora Energiewende, Smart Energy for Europe Platform (SEFEP) gGmbH
4. Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
5. Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.
6. AGFW | Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V.
7. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.
8. VGB PowerTech e.V.
9. Deutscher Verkehrssicherheitsrat e. V.
10. Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore e.V.
11. Bayerischer Waldbesitzerverband e.V.
12. Bitkom e. V.

13. Bundesverband Geothermie e.V.
14. Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e. V.
15. Deutscher Sauna Bund e. V.
16. DGFP - Deutsche Gesellschaft für Personalführung e.V.
17. VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.
18. Verband Deutscher Treasurer e.V. (VDT e.V.)
19. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
20. Wirtschaftsrat der CDU e. V.
21. WIRTSCHAFTSBEIRAT DER UNION e.V.
22. BUGLAS - Bundesverband Glasfaseranschluss e.V.
23. Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS)
24. Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik im DIN und VDE
25. Fachverband Biogas e.V.
26. FNN Forum Netztechnik/Netzbetrieb im VDE
27. Kommunaler Arbeitgeberverband Bayern
28. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (31):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als eines der größten kommunalen Unternehmen Deutschlands stehen die SWM für eine sichere Versorgung mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Fernkälte, eine stadtgerechte Mobilität, zukunftsfähige Telekommunikationsleistungen und quellfrischem Trinkwasser aus dem bayerischen Voralpenland. Unsere Leistungen umfassen außerdem das Netzmanagement für die Energie- und Wassernetze, die Verteilung und den Vertrieb. Zudem betreiben wir 18 Hallen- und Sommerbäder. Mit unseren Leistungen sind wir ein wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und leisten einen großen Beitrag für die Wirtschaftskraft und Lebensqualität in München und der Region.

Unser Ziel bleibt es, ab 2025 so viel Ökostrom zu erzeugen, wie ganz München (in Haushalten, Gewerbe, Industrie, dem öffentlichen Sektor sowie U-Bahn-, Tram- und E-Bus-Betrieb) verbraucht.

Dabei behalten wir den wachsenden Strombedarf der Stadt im Blick und entwickeln nachhaltige Lösungen für die Zukunft. Die SWM betreibt inzwischen zahlreiche Ökostromanlagen in und um München, darunter Wasserkraftwerke, Photovoltaikanlagen, Wind- und Geothermiekraftwerke sowie ein Biomasse-Heizkraftwerk. Dazu kommen in Deutschland und Europa Onshore- und Offshore-Windparks, Solarparks und ein Solarthermiekraftwerk.

Unsere Mobilitätstochter MVG ist verantwortlich für U-Bahn, Bus, Tram und MVG Rad. Mit dem Ausbau von Glasfaser und anderen Kommunikationsnetzen schaffen wir die Grundlagen für die vernetzte und lebenswerte Stadt der Zukunft.

Eigentümerin der SWM ist zu 100% die Landeshauptstadt München.

Die SWM ist kompetenter Gesprächs- und Dialogpartner, wenn es um die Energie-, Wärme- und Verkehrswende, die Bereitstellung grüner Energie, die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen oder die Erreichung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitszielen geht. Um unser Engagement für eine gelingende Energie-, Wärme- und Verkehrswende noch gezielter voranbringen zu können betreiben wir mit unserem Kontaktbüro Berlin Interessenvertretung gegenüber Bundesministerien und Mitgliedern des Deutschen Bundestags. Dazu versenden wir an eben diesen Kreis Positionspapiere und Stellungnahmen, führen persönliche Gespräche, beteiligen uns an Veranstaltungen im politischen Raum und halten Fachvorträge auf geeigneten Foren oder beteiligen uns an öffentlichen Anhörungen als Sachverständige auf Einladung des jeweiligen Ausschusses.

Konkrete Regelungsvorhaben (27)

1. Umsetzung der Energiewende

Beschreibung:

Beschleunigung und Vereinfachung beim Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern und an Gebäuden

- Flexibilisierung bestehender Schwellenwerte, insbesondere für Gewerbe-PV
- Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung
- Verbesserungen beim Mieterstrom
- Beschleunigung von Netzanschlüssen
- Vereinfachung bei der Direktvermarktung bis 25 kW
- Erschließung von Gebäuden im Außenbereich
- Repowering von Dachanlagen

Ausbau von Freiflächenanlagen-PV-Anlagen erleichtern und verbessern

- Auskömmliche Förderung von Agri-PV und weiterer besonderer Solaranlagen
- Aufwuchs der Mengen besonderer Solaranlagen
- Ausweitung der Flächenkulisse
- Beschleunigung von Netzanschlüssen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8657 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2403260002** (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2407290006** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2412170086** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

4. [SG2502120024](#) (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie \(EU\) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022](#)

Beschreibung:

- Beitrag zur rechtzeitigen Erreichung des Ziels 12 der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bei, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409050010](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. [Digitalisierung der Energiewende \(Digitalisierungsbericht nach § 48 MsbG\)](#)

Beschreibung:

Die Veröffentlichung des Digitalisierungsberichts gemäß §48 des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) widmet sich den zahlreichen Herausforderungen, mit denen grundzuständige Messstellenbetreiber (gMSB) konfrontiert sind, und stellt verschiedene Lösungsvorschläge vor.

Betroffenes geltendes Recht:

MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409260077](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. [Gesetz zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetz \(KSpG\)](#)

Beschreibung:

Durch das Gesetz soll die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid in unterirdischen Gesteinsschichten des Festlandsockels und der ausschließlichen Wirtschaftszone zu kommerziellen Zwecken im industriellen Maßstab ermöglicht und ein einheitliches Zulassungsregime für alle Kohlendioxideleitungen geschaffen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/11900 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 266/24 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2411050001 \(PDF - 9 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin](#)

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin](#)

5. Mobilitätsdatengesetz

Beschreibung:

Mit dem Gesetz soll die Bereitstellung und die Nutzung von Mobilitätsdaten über den Nationalen Zugangspunkt (NAP) geregelt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13954 (Vorgang) [alle RV hierzu](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten und zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMDV \(20. WP\)](#) [alle RV hierzu](#)

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412190007 \(PDF - 8 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin](#)

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin](#)

6. Voranbringen der Mobilitätswende

Beschreibung:

Für das Voranbringen der Mobilitätswende braucht es konkrete politische und regulatorische Maßnahmen, die es voranzubringen gilt. Es braucht -langfristige Sicherstellung der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs

- ÖPNV-Kapazitäten, die ausgebaut werden müssen
- Deckung von Personal- und Fachkräftebedarf
- Open Data

Interessenbereiche:

Personenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Schienenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Straßenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrsinfrastruktur [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2502120028** \(PDF - 8 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

7. Bürokratieabbau und Bekämpfung des Fachkräftemangels

Beschreibung:

Die bürokratischen Hürden in Deutschland sind seit Jahren Gegenstand intensiver Diskussionen und Analysen. Es braucht die Unterstützung wirtschaftlicher Dynamiken und die Entlastung von Akteuren, während die Qualität und Verlässlichkeit behördlicher Prozesse gewahrt werden sollen. Folgende Bereiche sind zu nennen:

- Bürokratieabbau: Datenschutz, Lieferkettensorgfaltspflicht, Deutsches Geldwäschegegesetz
- Vereinfachung von Vergaberecht
- Fachkräftemangel: bessere Arbeitsanreize, Anreize für den Werkswohnungsbau

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [[alle RV hierzu](#)]; Wohnen [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2502120027** \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

8. Digitale Infrastruktur und Telekommunikationspolitik

Beschreibung:

Digitalisierung und Telekommunikation sind die essenziellen Pfeiler der Gesellschaftspolitik. Sie sind die zentralen Infrastrukturen unseres Lebens, unserer Arbeitswelt und unserer Wirtschaft. Die Digitalisierung muss nachhaltig gestaltet werden und auch die Verwaltung muss digital modernisiert werden.

- Investitionsfreundlicher Rahmen für digitale Infrastrukturen
- Telekommunikationspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Interessenbereiche:

Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; Kommunikations- und Informationstechnik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2502120026** \(PDF - 10 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

9. Bürokratierückbau

Beschreibung:

Vorschläge der Stadtwerke München GmbH zum Bürokratieabbau auf europäischer, nationaler und bayerischer Ebene

Betroffenes geltendes Recht:

[BBauG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [GwG 2017](#) [[alle RV hierzu](#)]; [BDSG 2018](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AO 1977](#) [[alle RV hierzu](#)]; [VgV 2016](#) [[alle RV hierzu](#)]; [BetrVG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AÜG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [SGB 4](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AufenthG 2004](#) [[alle RV hierzu](#)]; [BSIG 2009](#) [[alle RV hierzu](#)]; [LkSG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [UStatG 2005](#) [[alle RV hierzu](#)]; [BNatSchG 2009](#) [[alle RV hierzu](#)]; [EnWG 2005](#) [[alle RV hierzu](#)]; [EnEfG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [BImSchV 44](#) [[alle RV hierzu](#)]; [WHG 2009](#) [[alle RV hierzu](#)]; [UVPG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [VwVfG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [MessbG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Bauwesen und Bauwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]; Personenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Energie" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2506030035** \(PDF - 83 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 03.06.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

10. Digitales Messen und Steuern/ Smart-Meter-Rollout**Beschreibung:**

Mit unseren Vorschlägen zur Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen möchten wir zur Diskussion beitragen, wie das digitale Messen und Steuern kosteneffizient, zukunftssicher und europäisch anschlussfähig gestaltet werden kann. Ein zentrales Thema sind die derzeitigen Herausforderungen bei der Einführung von Smart Metern als auch bei der Ansteuerbarkeit von Kleinanlagen in Deutschland. Wir sprechen uns für einheitliche europäische Sicherheitsstandards und eine technologieoffene Regulatorik aus, die Netzbetreibern mehr Freiheit und Flexibilität bei der Auswahl der situativ geeigneten technischen Lösungen einräumt.

Betroffenes geltendes Recht:

MessbG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507160014 [\(PDF - 7 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

11. EnWG-Novelle (Juli 2025)

Beschreibung:

In dem Positionspapier zur EnWG-Novelle wird gefordert, das Energy Sharing klarer zu regeln, insbesondere durch eine räumliche Begrenzung und die Nutzung bestehender Modelle wie Mieterstrom. Der geplante Starttermin wird als unrealistisch bewertet. Im Bereich Messwesen wird eine technologieoffene Lösung vorgeschlagen, die neben Smart Meter Gateways auch alternative Ansätze wie IoT-Kommunikation ermöglicht. Zudem fordern die SWM eine Anpassung der Preisobergrenzen für Messsysteme, eine Vereinfachung technischer Vorgaben und mehr Flexibilität beim Rollout, um die Umsetzung der Energiewende nicht zu gefährden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich, zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften sowie zur rechtsförmlichen Bereinigung des Energiewirtschaftsrechts
Datum des Referentenentwurfs: 10.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; MessbG [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2507210029 (PDF - 25 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2508180008 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

12. Umsetzung RED III Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Beschreibung:

In diesem Positionspapier wird eine umfassende Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Wärmewende gefordert. Vorgeschlagen wird unter anderem Änderungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz und Baugesetzbuch vor, um Genehmigungsverfahren effizienter zu gestalten. Dabei liegt der Fokus auf speziellen Regelungen für erneuerbare Energieanlagen, der Integration von Kältenutzung sowie der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Netzausbau und Schwerlasttransporte. Ziel ist es, Hindernisse abzubauen und die Umsetzung der Klimaziele zu beschleunigen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/568 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes, zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes und zur Änderung des Baugesetzbuchs

Betroffenes geltendes Recht:

BlSchG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; FStrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507220006 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

13. Vorschläge für ein verbessertes Geothermiebeschleunigungsgesetz inkl. Umsetzung RED III

Beschreibung:

In dem Positionspapier zum Geothermiebeschleunigungsgesetz wird gefordert, Genehmigungsverfahren für Geothermieprojekte wie Anlagen, Wärmepumpen und Wärmespeicher deutlich zu beschleunigen und zu vereinfachen. Es wird ein zentralisiertes Zulassungsverfahren mit klaren Fristen vorgeschlagen, um Planungsprozesse effizienter zu gestalten. Zudem wird eine bessere Flächenverfügbarkeit durch gesetzliche Verpflichtungen gefordert, die öffentliche Hand stärker einzubinden. Ergänzend sollen Raumordnungen sogenannte „go-to-Bereiche“ für Geothermie ausweisen, in denen erleichterte Zulassungsbedingungen gelten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 382/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BBergG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2507220005](#) (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. [SG2508250003](#) (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.08.2025 an:

BundestagFraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]**14. Abschaffung der Gasspeicherumlage****Beschreibung:**

Die Änderung des EnWG sieht einen Beibehalt der Gasspeicherumlage bis zum Ende dieses Jahres auf dem aktuellen Niveau von 2,89 EUR/MWh vor. Aus Sicht der SWM wäre es sinnvoll, wenn die Gasspeicherumlage bereits vor Jahresablauf enden würde. Daher schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

Reduzierung der Gasspeicherumlage auf 0 EUR/MWh, sobald der Kontostand des Gasspeicherumlagekontos auf ein Minus von 3,4 Mrd. Euro reduziert werden konnte, spätestens jedoch zum 1. November 2025 und somit frühzeitig in der Heizperiode 2025/2026. Bis dahin sollte die Gasspeicherumlage zur Entlastung des Gasspeicherumlagekontos auf dem aktuellen Niveau von 2,89 EUR/MWh beibehalten werden.

Vollständige Abschaffung der Gasspeicherumlage ab dem 1. Januar 2026.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 05.08.2025

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508130002 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

15. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes**Beschreibung:**

Die Öffnung für digitale Lernformate und die damit verbundene Flexibilisierung des Unterrichts ist zu begrüßen. Darüber hinaus werden folgende Anpassungen genannt:

- Harmonisierung mit EU-Recht
- Straffung der Busführerscheinausbildung (Klasse D)

- Integration von Fahrausbildung und Grundqualifikation
- Stärkung der Fahrlehrerkompetenz
- Ausbau der Prüfungskapazitäten
- Anerkennung ausländischer Qualifikationen
- Kostentransparenz und Preishoheit

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 11.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BKrFQG 2020 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508200001 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

16. Referentenentwurf für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes Rechtsvorschriften

Beschreibung:

- Verlängerung der Steuerentlastung für Strom auf den EU-Mindeststeuersatz (0,05 ct/kWh) für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft
- Modernisierung des Strom- und Energiesteuerrechts, insbesondere in den Bereichen Elektromobilität, Stromspeicherung und erneuerbare Energien
- Anpassung an EU-rechtliche Vorgaben, einschließlich Energie- und Beihilferecht
- Abbau von Bürokratie und Vereinfachung der Steuerpraxis

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 23.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnergieStG [alle RV hierzu]; EnergieStV [alle RV hierzu]; StromStG [alle RV hierzu]; StromStV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2508200003](#) (PDF - 116 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

17. Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung**Beschreibung:**

- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und reduzierte Gebühren für Werkswohnungen
- Lockeung von Schallimmissionsschutz-Regeln, um Wohnungen nahe Arbeitsplätzen zu ermöglichen
- Investitionsanreize durch steuerliche Entlastungen und attraktivere Abschreibungsmöglichkeiten
- Vereinfachung technischer Standards (z. B. feste Grenzwerte im Gebäudeenergiegesetz statt Referenzgebäude)
- Erleichterungen im öffentlichen Vergaberecht, um serielles Bauen zu fördern
- Zugängliche Fördermittel mit weniger bürokratischen Hürden (z. B. vereinfachte Zertifizierungen)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/781 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2508200007](#) (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.07.2025 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

18. Gesetz zur Transformation des Vergaberechts

Beschreibung:

- Gleichstellung von Kälte- und Wärmeerzeugung; Kälteversorgung als Sektorentätigkeit anerkennen, analog zur Fernwärme
- Präzisere Inhouse-Vergabe: Betrauung durch Festlegungen im Gesellschaftszweck ermöglichen.
- Straffung sozialer und umweltbezogener Kriterien: Kürzere, klarere Definitionen für nachhaltige Beschaffung
- Lieferkettensorgfaltspflicht: Intervalle für Risikoanalysen verlängern, „Zulieferer“ enger definieren, Konzernberichte erlauben
- Vereinfachte Vergabeverfahren: Schnellere EU-Ausschreibungen, Fokus auf innovative Projekte wie Geothermie
- Wärmewende: Unterstützung CO2-neutraler Fernwärmeprojekte durch Tiefengeothermie und rechtliche Vereinfachungen

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

(Vergabebeschleunigungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.07.2025

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2508200009](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. [SG2508250004](#) (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

19. Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie

Beschreibung:

- Bürokratieabbau bei Überwachungspflichten: Veröffentlichungspflichten auf Fälle mit Öffentlichkeitsbeteiligung beschränken, Berichtspflichten reduzieren
- Energieeffizienzgesetz: Doppelte Prüfungen vermeiden, Schwellenwerte für Abwärme potenziale erhöhen, KWK-Anlagen von Meldepflichten ausnehmen
- Netzersatzanlagen: Fristen für Immissionsschutzmessungen von einem auf drei Jahre verlängern
- Notstromdiesel: Messintervalle für Staub und CO auf drei Jahre ausweiten
- Berichtsaufwände abbauen: Erhebung von Umweltschutzaufwendungen streichen, klare Vorgaben zur Abwärmefassung schaffen
- Verhältnismäßigkeit: Maßnahmen stärker an tatsächlichem Nutzen und technischer Umsetzbarkeit ausrichten

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (2025) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.07.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; UStatG 2005 [alle RV hierzu]; EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2508200010 (PDF - 7 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 16.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. **SG2511280021 (PDF - 8 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 28.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

20. Vorschläge zum Standortförderungsgesetz

Beschreibung:

- Vereinfachung steuerlicher Prozesse: Einführung einer einheitlichen digitalen Plattform für Steuerkommunikation und maschinenlesbare Steuerbescheide
- Erleichterungen im Energiefinanzierungsgesetz: Automatische Privilegierung von Schienenbahnen, Gleichstellung von Geothermie mit Wärmepumpen und Abschaffung des De-Minimis-Vorbehals für E-Busse
- Maßnahmen gegen Fachkräftemangel: Steuerliche Anreize und Erleichterungen für Werkswohnungen und Nacht-/Feiertagsarbeit
- Förderung nachhaltiger Finanzierung: Reduzierte Kapitalanforderungen für nachhaltige Infrastrukturprojekte und staatliche Garantien zur Senkung von Finanzierungskosten

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Förderung privater Investitionen und des Finanzstandorts

Datum des Referentenentwurfs: 15.08.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnFG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508290009 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

21. Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Beschreibung:

- Erweiterung der Intervallfrequenzen: Risikoanalysen und Wirksamkeitskontrollen sollen statt jährlich nur alle fünf Jahre durchgeführt werden, um den Aufwand zu reduzieren
- Ausschluss des eigenen Geschäftsbereichs von Risikoanalysen: Unternehmen sollen von der Pflicht zur Risikoanalyse für den eigenen Geschäftsbereich ausgenommen werden, wenn in Deutschland bereits ein ausreichendes Schutzniveau gewährleistet ist
- Schaffung von Rechtsgrundlagen gegenüber Lieferanten: Unternehmen sollen gesetzlich legitimierte Rechte erhalten, um Pflichten wie Risikoanalysen oder Abhilfemaßnahmen gegenüber Lieferanten durchzusetzen

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 29.08.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509020011 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

22. Umsetzung RED III im Bereich Windenergie auf See und Stromnetze

Beschreibung:

- Anpassung der Ausschreibungsregeln: Begrenzung auf eine Fläche pro Bieter und maximal 750 MW pro Fläche, um Akteursvielfalt zu fördern und Risiken zu minimieren
- Überarbeitung des Ausschreibungsdesigns: Einführung neuer Kriterien wie Ökosystemschatz, Energieversorgung, Sektorenkomponente sowie Anpassung von Sicherheitsleistungen, Fristen und Pönalen
- Genehmigungsbeschleunigungen: Vereinfachte Verfahren für Netzausbau und Leitungsänderungen sowie erleichterte Genehmigungen für Schwerlasttransporte
- Fokus auf Effizienz und Nachhaltigkeit: Förderung eines ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Offshore-Windenergie-Ausbaus

Referentenentwurf:

Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie (RED III) in den Bereichen Wind auf See und Stromnetze (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 01.07.2025

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; WindSeeG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509020016 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

23. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften

Beschreibung:

- Ausweitung der lebenswichtigen Einrichtungen im Bereich Leitstellen der Elektrizitätsverteilernetze sowie im Bereich IT-Sicherheit von KRITIS Betreibern
- auf Antrag ein Anspruch auf freiwillige Sicherheitsüberprüfungen

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung sicherheitsüberprüfungsrechtlicher und beamtenrechtlicher Vorschriften (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 17.06.2025

Federführendes Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SÜG [alle RV hierzu]; SÜFV 2023 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510010024 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

24. Bedeutung der EE-Vergütung bei Aufdach-Anlagen

Beschreibung:

- Kleine PV-Dachanlagen sind unverzichtbar: Sie treiben die Energiewende in Städten voran, wo Dachflächen oft die einzige Option sind.
- Förderung bleibt notwendig: Ein vollständiger Förderstopp gefährdet die Wirtschaftlichkeit und behindert den weiteren Ausbau.
- Marktrückgang stoppen: Der Aufdach-PV-Markt schrumpft bereits – weitere Rückgänge gefährden Arbeitsplätze und Branchenstabilität.
- Dachpotenziale voll ausschöpfen: Ohne Förderung werden Anlagen zu klein dimensioniert, und wichtige Flächen bleiben ungenutzt.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2510010025 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2510290011 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

25. Vorschläge zum Arbeitsmarktstärkungsgesetz**Beschreibung:**

- Einführung einer verbindlichen Plausibilitätsprüfung bei Aufstockungsleistungen
- Einsatz von externen (IT-)Experten in komplexen Projekten
- Erleichterungen bei der Zuwanderung von Fachkräften
- Anpassungen im Einkommenssteuergesetz

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf zu einem Entwurf eines Arbeitsmarktstärkungsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 12.09.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]; BetrVG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2510100016 \(PDF - 7 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

26. Umsetzung der europäischen Gas- und Wasserstoffbinnenmarktrichtlinie

Beschreibung:

Folgende Anpassungen sollten im Entwurf enthalten sein:

- Kein pauschaler Rückbau von Gasnetzen, nur in Ausnahmefällen
 - Duldungspflicht für stillgelegte Leitungen ausweiten und zeitlich unbegrenzt
 - Flexible Fristen statt starrer Vorgaben bei Anschlusstrennung; Netzbetreiber sollen nicht für alternative Wärmeversorgung verantwortlich sein
 - Kündigungsrecht bei Anschlusstrennung schaffen
 - Informationspflicht nur gegenüber Anschlussnehmer
 - Investitionssicherheit für Wasserstoffnetze durch einfache, transparente Regulierung.
- Biomethanförderung darf keine unverhältnismäßigen Kosten verursachen
- Bürokratieabbau: Monitoring nur bei Mehrwert, keine zusätzlichen Kennzeichnungspflichten, Veröffentlichung sensibler Netzdaten einschränken

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.11.2025

Federführendes Ministerium: [BMWE \[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[EnWG 2005 \[alle RV hierzu\]](#); [NDAV \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2511280020 \(PDF - 16 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

27. Gesetz zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz)

Beschreibung:

Kernforderungen enthalten:

- Rechtliche Erleichterungen: Flexiblere Bauvorschriften, weniger Normen, einfachere Fachkundigkeitserklärung
- Bau & Förderung: Weniger Schallschutz, serielles/modulares Bauen zulassen, verlässliche Zuschüsse und steuerliche Anreize
- Nachhaltigkeit & Energie: Vereinfachte QNG-Zertifizierung, feste Grenzwerte statt Referenzgebäude im GEG

Referentenentwurf:

Eckpunkte für ein Gesetz zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 20.11.2025

1. Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu] (Vorgang)
2. Federführendes Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512120022 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (56):

1. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Modernisierung und Sanierung des U-Bahnhofes Sendlinger Tor in München – Grunderneuerung des

U-Bahnhofbauwerkes

2. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 3.920.001 bis 3.930.000 Euro

Fahrtreppenerneuerungsprogramm 2021-2026

3. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 680.001 bis 690.000 Euro

Gleissanierung der Tramlinie 17 Ludwigsbrücken

4. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 740.001 bis 750.000 Euro

Erneuerung der Tunnelröhren für die U-Bahn

5. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 360.001 bis 370.000 Euro

Erneuerung und Erweiterung des Leitsystems "Intermodal Transport Control System - ITCS" für Bus und Tram (ITCS) - ITCS

6. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

MoveRegioM

7. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro

Einführung einer optimierten E-Bus Disposition (OED)

8. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Machbarkeitsstudie Elektrifizierung BBH-Ost

9. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Autonomes Fahren (MINGA)

10. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Fahrgastlenkung im System (FiS)

11. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

E-Busbeschaffung 2020 ff.

12. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

E-Busbeschaffung Ladeinfrastruktur 2020 ff.

13. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 630.001 bis 640.000 Euro

Digitalisierung der Fahrgastinfoleinheiten in den SWM / MVG Bussen

14. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Einführung einer zukunftsfähigen Fahr- und Dienstplanungssoftware (Hastus)

15. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 500.001 bis 510.000 Euro

Erweiterung der Anzahl der DFI-Anzeiger in Haltestellen von Tram und Bus (4. FA)

- 16. Bundesministerium für Bildung und Forschung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
AQT - Autoreduzierte Quartiere für eine Lebenswerte Stadt (MCube)
- 17. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 4.840.001 bis 4.850.000 Euro
E-Busbeschaffung 2024/25 (EBUSMUC)
- 18. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 340.001 bis 350.000 Euro
Mi-Ready to Connect (MiRCO)
- 19. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Machbarkeitsstudie Hybridbetriebshof an der Maria-Goeppert-Mayer-Straße
- 20. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
EZBT - Anzeigen von Fahrzeugen in der Karten (DkV)
- 21. Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Videobasierte Fahrgastauslastung FAE (DkV)
- 22. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro
Barrierefreier Ausbau und Steigerung der Leistungsfähigkeit des U-Bahnhofes Sendlinger Tor
- 23. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 1.300.001 bis 1.310.000 Euro
Ausbau der Brandmeldeanlagen (BMA) in den U-Bahnhöfen auf Vollschutz
- 24. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 270.001 bis 280.000 Euro
TB2, Ausbau Unfallinstandsetzungshalle, Sanierung und Ertüchtigung Gl.4-5

25. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 3.070.001 bis 3.080.000 Euro
Beschaffung von 49 vierteiligen Straßenbahnen - Angebotsausweitung (Auslösung Option 1-3)

26. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 1.830.001 bis 1.840.000 Euro
BOS Digitalfunk und TETRA Betriebsfunk in der U-Bahn München

27. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Waschkonzept Technische Basis

28. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro
Verlängerung Feuerlöschtrockenleitungen

29. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 4.570.001 bis 4.580.000 Euro
E-Busbeschaffung 2024 GVFG

30. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 790.001 bis 800.000 Euro
Verlängerung Feuerlöschtrockenleitungen 2

31. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 1.500.001 bis 1.510.000 Euro
Ausbau der E-Mobilität des Omnibusbetriebshof Moosach (Ausbaustufe 2)

32. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Haltestellenverlängerung Tram Linie 20/21/22

33. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 530.001 bis 540.000 Euro
Brandschutz Neuperlach Zentrum

34. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Haltestellenverlängerung Tram Westfriedhof

35. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München
Betrag: 3.990.001 bis 4.000.000 Euro
Ausrüstung der U-Bahnfahrzeuge mit Brandbekämpfungsanlage (BBA)

36. EU/BMAS: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aus Mitteln der Europäischen Union

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
KIWI (Konzept zur intuitiven Wissensvermittlung)

37. EU/StMAS: Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
Fachkraft für Mobilität

38. Landeshauptstadt München: Referat für Arbeit und Wirtschaft

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München
Betrag: 62.570.001 bis 62.580.000 Euro
1. ÖPNV-Bauprogramm 2021

39. Bayerische Landesstiftung

Deutsche Öffentliche Hand – Land
München
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderungen für die Erhaltung des Denkmals Großhesselohe

40. Bezirk Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

München

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderungen für die Erhaltung des Denkmals Großhesselohe

41. DLR Projektträger

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Köln

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Unit-e2 (Im Projekt unit-e² treiben 31 Unternehmen und Forschungsinstitute die optimale Integration der Elektromobilität in das Energiesystem voran. Im Rahmen von vier sogenannten "Clustern" finden mehrere Feldversuche sowie Laboruntersuchungen statt. Begleitet werden die Praxisvorhaben von den Teilprojekten Forschung und Grid, welche das Konsortium bei übergreifenden Themen unterstützen und mit eigenen Forschungsvorhaben begleiten.)

42. Landeshauptstadt München: Referat für Arbeit und Wirtschaft

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München

Betrag: 2.410.001 bis 2.420.000 Euro

2. ÖPNV-Bauprogramm 2022

43. Landeshauptstadt München: Referat für Arbeit und Wirtschaft

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Testlauf zur Feinerschließung der Münchner Altstadt

44. Landeshauptstadt München: Mobilitätsreferat

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Blumenstraße 31, 80331 München

Betrag: 2.040.001 bis 2.050.000 Euro

On-Demand-Mobilität für die Landeshauptstadt München - Einstieg in flexible und nachfrageorientierte Mobilitätsangebote der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)

45. Landeshauptstadt München: Mobilitätsreferat

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Blumenstraße 31, 80331 München

Betrag: 490.001 bis 500.000 Euro

Tiefenintegration eines regionalen Bikesharing-Systems für den MVV-Raum (Nachfolge MVG Rad) in die App MVGO

46. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Ausbau der barrierefreien Wegeleitung in den Münchner U-Bahnhöfen

47. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 960.001 bis 970.000 Euro

Ausbau des taktilen Leitsystems in den Münchner U-Bahnhöfen

48. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 1.910.001 bis 1.920.000 Euro

Neubau der Gleisverbindung am Scheidplatz Süd

49. KfW

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Frankfurt am Main

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Tilgungszuschuss für Förderkredit Glasfaser

50. KfW

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Frankfurt am Main

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Tilgungszuschuss für Förderkredit Fahrzeuge

51. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

SuperLink: Im Projekt soll das Konzept für eine 12 km lange, supraleitende, 500 MVA Kabelverbindung quer durch München erarbeitet und alle wichtigen Komponenten entwickelt, getestet und Typ-geprüft werden.

52. Projektträger Jülich (PtJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

F&E-Projekt INSIDE - Verbundvorhaben: INSIDE ' Induzierte Seismizität & Bodendeforrmation als Interferenzaspekte beim Betrieb von Geothermieanlagen in der Süddeutschen Molasse; Teilvorhaben: Referenzstandort SWM, Datenintegration, Kommunikation

53. Projektträger Jülich (PtJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

F&E-Projekt VESTA - Verbundvorhaben: VESTA - Very-High-Temperature Heat Aquifer Storage; Teilvorhaben: VESTA-Malm - Hochtemperatur Speicherung im Malm & Performance-Konzepte. Das mehrjährige Forschungs- und Entwicklungsprojekt VESTA Malm untersucht die Möglichkeiten von Hochtemperatur-Aquiferwärmespeichern im geothermischen genutzten Malm-Aquifer des bayerischen Molassebeckens.

54. Projektträger Jülich (PtJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich
Betrag: 560.001 bis 570.000 Euro

Verbundvorhaben: GFK-Monitor - Entwicklung eines ganzheitlichen Monitorings mit Unterstützung der Glasfaserkabeltechnologie und Tracertechnik zur Verbesserung der Systemintegrität von Geothermieanlagen; Teilvorhaben: Entwicklungen zur Systemintegrität in der Geothermieproduktion

55. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin
Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

EnEff:Wärme: En-Eff_Netzregelung Energieeffizienzbasierte Regelung von dezentral gespeisten Wärme- und Kältenetzen unter Berücksichtigung von Lebensdauereffekten; Teilvorhaben: Realisierung und Erprobung.

Als Teilprojekt wird Smart Heat Grid 2.0 durchgeführt. Die Wärmeabnahme der Kunden als weitere Stellgröße ist sehr interessant für eine energieeffiziente und lebensdauerschonende Netzregelung.

56. Projektträger Jülich (PtJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich
Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Verbundvorhaben: GIGA-M - Großräumige Integrierte Gesamt-Analyse des tiefengeothermischen Potentials und seiner synergetischen Nutzung im Großraum München, Teilprojekt: SWM: Reservoirmanagement, 3Dseismische Erkundung und Interpretation, Extended Reach Drilling-Konzept, Abbau Nicht-Technischer Barrieren

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[swm-geschaeftsbericht_2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[swm-verhaltenskodex.pdf](#)